

Regierungsratsbeschluss

vom 28. Mai 2013

Nr. 2013/955

Vernehmlassung betreffend Freizügigkeit und einer möglichen Inländerdiskriminierung von Notaren Schreiben an die Wettbewerbskommission

1. Erwägungen

Die Staatskanzlei unterbreitet dem Regierungsrat das Schreiben an die Wettbewerbskommission betreffend Vernehmlassung zur Freizügigkeit und einer möglichen Inländerdiskriminierung von Notaren zur Beratung und Beschlussfassung.

2. Beschluss

Das Schreiben an die Wettbewerbskommission betreffend Vernehmlassung zur Freizügigkeit und einer möglichen Inländerdiskriminierung von Notaren wird beschlossen.



Andreas Eng
Staatsschreiber

Beilage

Schreiben an die Wettbewerbskommission vom 28. Mai 2013

Verteiler

Staatskanzlei
Staatskanzlei, Legistik und Justiz (FF) (3)
Finanzdepartement
Amtschreiberei-Inspektorat
Ratsleitung (8)
Medien (jae)